

Antrag 23/1/2022

Beschluss

Beschluss des Parteitages

Kein Outsourcing und keine tariffreien Bereiche an der Freien Universität

Kein Outsourcing und keine tariffreien Bereiche an der Freien Universität

Der Landesparteitag fordert den SPD-Landesvorstand, die SPD Fraktion im Abgeordnetenhaus und die SPD-Mitglieder im Senat auf, sich dafür einzusetzen, dass die von der Freien Universität Berlin (FU) beabsichtigte Errichtung der „GWI – Gesellschaft Wissenschaft und Innovation Berlin mbH“ nur mit der Auflage genehmigt wird, dass keine Ausgliederung von Aufgaben und damit Personal aus der FU in diese GmbH erfolgt.

Darüber hinaus ist sicherzustellen, dass der geplante Geschäftsbetrieb dieser GmbH, z. B. durch Einstellung von eigenem Personal oder der Auftragsvergabe an Subunternehmen nicht zur Tariffucht und damit zur Verhinderung von sicheren, sozialversicherungspflichtigen und tariflich bezahlten Beschäftigungsverhältnissen führt, indem die Anwendung der Tarifverträge für den öffentlichen Dienst analog verpflichtend festgeschrieben wird. Wertschätzung von Arbeit heißt auf Outsourcing zu verzichten. Nur so kann der Anspruch unserer Partei, sich für „gute Arbeit“ einzusetzen, umgesetzt werden.

Überweisen an

AH Fraktion, Landesvorstand